

Optionensonde und Entscheidungshelfer –
Zur unausgeschöpften Beratungskompetenz der Soziologie¹

1. Einleitung

Es gehört zu den wenigen Konstanten in der Umwelt der Sozialwissenschaften und speziell der Soziologie, dass sie mit einer gewissen Regelmäßigkeit zum Gegenstand von Zweifeln und Enttäuschungen werden. So wurde nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Gesellschaften gefragt, wieso die „zuständigen“ Wissenschaften versagt hatten, das Ende der Zweiten Welt beizeiten anzukündigen. Und bald darauf ließ sich mit bescheidenem intellektuellen Aufwand eine Debatte initiieren, die sich in einem Bändchen mit dem Titel „Wozu heute noch Soziologie?“ niederschlug (Fritz-Vannahme 1996) fand. Wie so oft fielen die Antworten engagiert und widersprüchlich aus. Zur Zeit scheint die Disziplin aus dem Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Das muss nicht so bleiben.

Denn wie es sich für eine Reflexionswissenschaft gehört, ist sich die Soziologie auch selbst nicht unproblematisch. Die hartnäckigsten und am solidesten fundierten Zweifel an Sinn und Zweck einer Wissenschaft der Gesellschaft stammen regelmäßig aus der Soziologie selbst. Sie können sich auf wenigstens vier Schwächeindikatoren berufen.

(1) Augenfällig ist die *Marginalisierung der Disziplin* im Wettlauf um öffentliche Aufmerksamkeit, wenn es um die Kreation politischer Themen und die „Bewältigung“ neuer Probleme geht. Dabei reüssieren neuerdings solche Disziplinen, die mehr auf die Physis von Personen abheben als auf soziale Umstände und Gruppeneigenschaften. Lebenschancen und Lebensprobleme scheinen im Lichte der Biowissenschaften deutlicher durch Sachverhalte der genetischen Kodierung, neuronalen Strukturierung bzw. medizinisch manipulierbarer Konditionen bestimmt als durch makrosoziologische Variablen und Institutionenmuster (Bude 2001). Und in der Kontroverse über die Nutzung humaner Stammzellen wirkt der Rekurs auf tradierte gesellschaftliche Institutionen oft arbiträr und wenig konstruktiv.

(2) Noch stärker, als in den 1980er Jahren befürchtet wurde, gerieten die Sozialwissenschaften – v.a. Soziologie und Politikwissenschaft – in eine *Substitutionskonkurrenz mit den axiomatisierten Zweigen der Ökonomie*. Im Verlauf des Siegeszugs der modernen Mikroökonomie – d.h. der Transaktionskosten- und Informationsökonomik sowie des ökonomischen Neo-Institutionalismus – wanderten traditionelle soziologische Reflexionsgegenstände wie Normen und Werte, Vertrauen und Kontrolle, Kooperation und Herrschaft in die Erklärungsdomänen der Ökonomie aus. Immerhin erwiesen sich diese nicht selten erklärungsstüchtiger als manche soziologischen Ansätze (Maurer/Schmid 2002).

(3) Andere Felder der soziologischen Betrachtung geraten in den Erklärungsbereich der *Naturwissenschaften*. Wenn es gilt, die signifikant größere Gewaltbereitschaft männlicher im Unterschied zu weiblichen Individuen zu erklären, liefert die Neurobiologie interessante, der

¹ Einige Teile dieses Beitrags basieren auf dem Aufsatz „Soziologie als Optionheuristik?“ (Wiesenthal 2003).

Sozialisationstheorie direkt widerstreitende Erkenntnisse. Ebenso irritierend ist der neurobiologische Befund, dass unsere Gedächtnisleistungen untrennbar mit einer normativen Bewertung des Erinnerten zusammenhängen (Roth 1999). Folglich wirkt unser Denkkaparat ausgesprochen schlecht geeignet, erinnertes Wissen auf „neutrale“ Weise zu handhaben.

(4) Und schließlich scheint auch die Generalisten-Position der Sozialwissenschaften nachhaltig attackiert, zum einen durch das im politischen Raum wesentlich beliebtere Konglomerat der Kulturwissenschaften, und zum anderen durch die innovationsstarken und vermutlich ökonomisch wertvolleren Lebenswissenschaften.

Dieser ungünstigen Wettbewerbssituation der Soziologie stehen glücklicherweise einige komparative Vorteile gegenüber. Da ist zum einen ihre nach wie vor bestehende Fähigkeit zur sinnstiftenden Zeitdiagnose und historisierenden oder kontextualisierenden Ad-hoc-Erklärung unvorhergesehener Ereignisse. Zum anderen scheint der Status der Sozialwissenschaften durch die Häufung gesellschaftlicher Gefährdungslagen eher geschützt als bedroht sein. Wer mag schon angesichts von Globalisierung und Individualisierung, von relativer Armut und absoluter Arbeitslosigkeit, von immer häufigeren und immer dringenderen Reformen sowie der durch Terrorismusgefahr und Klimawandel forcierten Unsicherheit ausgerechnet einem Rückbau der Sozialwissenschaften das Wort reden?

Zu fragen bleibt dennoch, was Sozialwissenschaften tatsächlich zur Erklärung dieser Probleme und zur Klärung möglicher Bearbeitungsoptionen beitragen. Sind etwa die Absolventen sozialwissenschaftlicher Studiengänge in der Lage, den Rest der Gesellschaft über die Substanz der angebotenen Kausalerklärungen und der grassierenden Maßnahmevorschläge zu informieren? Das selbstkritische Reflexionswissen der Soziologie gibt darauf eine klare Antwort: Nein.

Denn was das im Fach kultivierte und an Studierende vermittelte Wissen angeht, sind die Sozialwissenschaften – und insbesondere die Soziologie – in keiner glücklichen Position. Das diagnostische, häufig nur beschreibende und deutende, seltener auf Kausalerklärungen beruhende Wissen hat wenig praktischen Wert. Es befähigt wohl zur Teilnahme an akademischen Sprachspielen, aber kaum zur Intervention in die thematisierten Sachverhalte. Zur Entschuldigung sind eine Reihe von salvatorischen Klauseln abrufbar. Ihnen zufolge verbieten das unvermeidliche Involviertsein des Beobachters, vor allem aber die Besonderheiten der Gegenstände – ihre Komplexität, Dynamik, Intransparenz, und nicht zuletzt ihr Anspruch auf Integrität – die Zuweisung eines simplen (und oft wenig praktikablen) Objektstatus.

Ebenso überzeugend ist die Feststellung, dass die Soziologie – ich zitiere eine Formulierung von Christoph Oehler – „erkenntnistheoretisch und in ihren Forschungsergebnissen eben keine auf ein gesellschaftliches Teilsystem bezogene Handlungsrationale, so wie andere Fachdisziplinen, vermitteln kann“ (Oehler 2001, S. 16f.). Den Soziologen und Soziologinnen ist weder eine ausdifferenzierte Handlungssphäre des „Sozialen“ noch eine feste (und womöglich zahlungskräftige) Klientel gegeben. Das erklärt vielleicht, warum die Neigung zur Selbstreferentialität und Selbstgenügsamkeit der Wissensproduktion so groß ist – auf den Feldern der vielen Bindestrich-Soziologien wie in der Allgemeinen Soziologie bzw. den Theorien der Gesellschaft.

Wenn Absolventen der Sozialwissenschaften trotzdem bei der Jobsuche keine übergroßen Probleme erfahren, so liegt das nicht an einer etwaigen Praxiseignung der studierten Theorien und Feldbeschreibungen, sondern vielmehr an einigen „Nebenprodukten“ des Studiums. So

profitieren Sozialwissenschaftler überproportional von drei Dispositionen, die andere Studiengänge nicht oder seltener vermitteln:

- dem diffusen Interesse an „Gesellschaftlichem“, das mit einem erweiterten Wahrnehmungs- und Beurteilungshorizont einhergeht und zur Artikulation von sog. Gemeinwohlinteressen ermutigt,
- einer gewissen Eignung zum Generalisten, der dank seines Abstraktions- und Systematisierungsvermögens den Eindruck erweckt, auch komplexere Zusammenhänge zu verstehen, und
- der vergleichsweise guten Befähigung, mit Verfahrensproblemen sozialer Interaktion umzugehen. Sozialwissenschaftler zeigen weniger Scheu als andere, Kommunikationsprobleme und Interessenkonflikte produktiv zu thematisieren.

Wenngleich diese *extradisziplinären* „Schlüsselqualifikationen“² dem Studium der Sozialwissenschaften einen gewissen Wert außerhalb des akademischen Betriebs zuweisen, haben die zugrunde liegenden Kompetenzen so gut wie nichts mit dem soziologischen Theorieangebot zu tun.

Neben dem vielbeklagten Schisma von Theorie und Praxis existiert auch eine Kluft zwischen den allgemeinen und vielen bereichsspezifischen Theorien. Statt einem fruchtbaren Entsprechungsverhältnis zwischen allgemeiner soziologischer Theorie und ihrem Orientierungswert für empirische Analysen und professionelle Praxis besteht ein reziprokes Verhältnis. Je höher die Ansprüche an Allgemeinheitsgrad und Konsistenz der Theorie, desto geringer ihr praktischer Orientierungswert. Und umgekehrt gilt: je größer der Orientierungswert von bereichsspezifischen Theorien (man denke hier an die Begriffssysteme der Stadt-, Jugend-, Sport- oder Bildungssoziologie), desto lockerer ihre Vermittlung mit den Analyseperspektiven und Kategorien der allgemeinen Theorie sowie der Theorien anderer Bereiche.

2. Kommunikationsprobleme

Konträr zur Annahme, es existiere eine globale Wissensgesellschaft mit irreversibel internationalisierten Disziplinen, gibt es in den Sozialwissenschaften nach wie vor eine Mehrzahl von Wissenskulturen, deren Produktions- und Rezeptionssphären sich in geradezu vormoderner Perfektion mit den Grenzen von Nationalstaaten und Wirtschaftsregionen decken. Das gilt nicht nur für die gut erkennbaren Differenzen zwischen – beispielsweise – der nordamerikanischen Wissenschaftskultur und ihren westeuropäischen Pendanten, sondern auch innerhalb des englischen Sprachraums. Gut belegt ist z.B. die wechselseitige Ignoranz der britischen und der nordamerikanischen Politikwissenschaftler (Marsh/Savigny 2004).

Blickt man auf die Leistungen einzelner der nationalen Wissenschaftszweige, so mag darüber hinaus die Spezifität der Themenwahl und die Unterschiedlichkeit der Forschungsbefunde verblüffen. Nehmen wir nur das Thema „Arbeit und Beschäftigung“. Zweifellos haben 30 Jahre Forschung im Lichte des sozialwissenschaftlichen Problembewusstseins eine Fülle von Detailinformationen über soziale Probleme, die Ungleichverteilung sozialer Chancen und die Unzulänglichkeit politischer Antworten auf das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit hervorgebracht, aber nicht den zartesten Ansatz einer Problembeschreibung, in welcher den prakti-

² Vgl. auch Oehlers Feststellungen zu den extradisziplinären „Schlüsselqualifikationen“ Methoden- und Analysekompetenz sowie Kritik-, Innovations- und Kommunikationsfähigkeit (Oehler 2001, S. 13ff.).

schen Möglichkeiten der *politischen* Problembearbeitung (i.S. von *politics*) unter Bedingungen von Finanznot und Parteienwettbewerb ebensoviel Aufmerksamkeit geschenkt wird wie den verschiedenen Dimensionen des Sachverhalts (i.S. von *policy*). Vielmehr unterscheiden sich die in den Sozialwissenschaften kursierenden Problemdeutungen nur wenig von genuin *politischen* Interpretationen. Es besteht also hinreichend Grund, an der praktischen Fruchtbarkeit des problematisierenden Denkens sozialwissenschaftlicher Provenienz zu zweifeln. Zumindest mangelt es an wissenschaftlichen Kommunikationsangeboten, welche eine um Problemlösungen bemühte Praxis zu rezipieren bereit wäre.

Natürlich schließen Kommunikationsprobleme nicht das Vorkommen von Kommunikation aus, sondern setzen sie vielmehr voraus. Und vorkommende Kommunikationen müssen auch keineswegs als problematisch erlebt werden. Wie wir wissen, sind Politik und Medien immer wieder an wissenschaftlichen Kommentaren zu vorselektierten Themen interessiert. Es vergeht kaum eine Woche am Radio und auf dem Bildschirm, in der Politikwissenschaftler und Soziologen *nicht* zur Meinungsbekundung oder gar Vorhersage künftiger Ereignisse aufgefordert würden. So hat zwar die Bereitschaft der Massenmedien nachgelassen, soziologische Fachbegriffe in die Alltagssprache zu importieren, doch im Wettbewerb um Aufmerksamkeit zeigen sich die Medien allemal willens, von der Reputation wissenschaftlicher Experten zu profitieren.

Weniger auffällig, doch nicht minder effektiv ist das Wirken jener Akteure, die sich mit der Auswahl und dem Transfer von wissenschaftlichen Erkenntnissen in die Praxis beschäftigen. Es sind dies entweder mit der Wissenschaftssprache vertraute Politiker, die ein Gespür für den taktischen Wert von vermeintlich „neutralen“ Quellen haben, oder Mitspieler im Wissenschaftssystem, die dank ausgeprägter politischer Ambitionen zwischen nützlichen und „gefährlichen“ Erkenntnissen zu unterscheiden verstehen. In jedem Fall geht es darum, die Politik für bestimmte Deutungen und Ziele zu munitionieren. Diese Transferpraxis ist nicht durchweg verwerflich, bietet sie doch den Sozialwissenschaften nicht selten ein Faustpfand für die Verteidigung ihrer Existenzberechtigung. Irritation – im Wissenschaftssystem, nicht in der Politik – kommt allenfalls dann auf, wenn die für den Transfer bevorzugten Auswahlkriterien auch auf die Wahl von Erkenntnismethoden, d.h. das wissenschaftliche Tun selbst, angewendet werden sollen.

Das Kommunikationsproblem im Verhältnis der Sozialwissenschaften zu Staat und Gesellschaft ist so nicht überwindbar. Es hat tiefere Wurzeln. Wie jedes gesellschaftliche Teilsystem und jede Wissenschaftsdisziplin versichert sich die Soziologie ihrer Autonomie durch exklusive Codes und einen Grundbestand an *implizitem Wissen*. Erst vor dem Hintergrund dessen, was ohnehin und auf nicht explizierte Weise gewusst wird, entfaltet sich der Wert neuer und spezifischer Erkenntnisse. Dabei bleibt das implizite Wissen per Definition ungeeignet, (mit-)kommuniziert zu werden. Folglich ist das, was explizit kommuniziert wird, in eigentümlicher Weise unvollständig und abstrakt, sofern es nicht von kundigen Rezipienten mit der passenden Teilmenge des implizit Gewussten in Verbindung gebracht wird. Wo das relevante implizite Wissen fehlt, also außerhalb des wissenschaftlichen Kontextes, wirkt die wissenschaftliche Kommunikation oft unverständlich, ja nachgerade wertlos.

Die soziologische Systemtheorie hat die Eigenlogik der unterschiedlichen Sinnsysteme der Gesellschaft eindrucksvoll vorgeführt. Politik und Wissenschaft sind füreinander Umwelten, deren Botschaften „die kognitiven Prozesse des (jeweils anderen, HW) Systems nur irritieren, nicht aber determinieren können“ (Luhmann 2000, S. 373). Allerdings enthält sich die Theorie einer Antwort auf die naheliegende Anschlussfrage: Ist die Differenz von Irritation und Determination eine absolute oder nur eine graduelle? Und, falls es sich um eine graduelle Dif-

ferenz handeln sollte, von welchen Variablen hängt dann der Grad der Korrespondenz von Stimulus und Respons ab? Hier zählen gewiss nicht nur Variablen, die der Seite der Rezeption zuzurechnen sind, sondern wohl auch solche auf Seiten des Absenders, z.B. die Struktur, Kohärenz, Verständlichkeit usw. der wissenschaftlichen Mitteilung selbst.

An diesem Punkt setzt die zentrale These dieses Beitrags an. Sie lautet, in zwei Teile gefasst, dass es, erstens, nicht selten Eigenschaften des soziologischen Wissens und insbesondere des Status soziologischer Theorie sind, welche ihre Transferierbarkeit erschweren, und dass, zweitens, Anhaltspunkte für die Korrigierbarkeit dieses Umstand bestehen, d.h. dafür, dass sich der Grad der soziologischen Esoterik reduzieren lässt.

Die in Frage stehenden Eigenschaften soziologischer Theorie sind rasch umrissen: Es handelt sich um die – nicht immer offensichtlichen, sondern oft schon gewohnheitsmäßig ignorierten – Inkohärenzen (1) zwischen der Ebene von Groß- bzw. Makrotheorien einerseits und bereichsspezifischen Theorien andererseits, (2) zwischen den perspektivisch orientierenden Großtheorien selbst, vor allem aber (3) zwischen der von verschiedenen Bereichstheorien verwendeten Begrifflichkeit. Einfacher ausgedrückt: Die Soziologie und mit ihr ein Großteil der Sozialwissenschaften präsentieren sich als ein *heterogener Fundus von nicht oder nur in widersprüchlicher Form axiomatisiertem Wissen*.

Statt die Behauptung mehrfacher Inkohärenzen an Beispielen zu belegen, sei hier lediglich darauf hingewiesen, dass das Fach (wie auch seine als theoretische Lehensnehmer operierenden Disziplinen) nicht nur mit dem disparaten Zustand zu leben gelernt hat, sondern aus seiner Multiperspektivität sogar Kapital zu schlagen versteht. Das zeigt sich an den unterschiedlichen Funktionszuschreibungen, welche in der oder für die Soziologie entwickelt worden sind.

3. Exkurs zur Multiperspektivität der Soziologie

Die Frage nach dem Sinn und Nutzen der Sozialwissenschaften im allgemeinen und der Soziologie im besonderen mag ein ganzes Bündel von Antworten provozieren. Sieht man einmal von dem technizistischen Missverständnis ab, das Auguste Comte und andere zu der Vorstellung verleitete, „mehr“ Wissen von der Gesellschaft ließe sich zum Instrument der „Verbesserung“ von Gesellschaft machen, dann scheinen zumindest die folgenden Varianten von Bedeutung.

(1) Sozialwissenschaften als Erkenntnistheorie. Gemäß diesem Verständnis helfen die Sozialwissenschaften unserem Wirklichkeitsverständnis in gleicher Weise auf die Sprünge, wie es die Philosophie zu tun beansprucht. Sie helfen, „sprachliche Verwirrung zu beseitigen“ (Winch 1974, S. 13). Winch bezieht sich hier auf John Locke, der der „normal science“ die Aufgabe zuweist, sich mit der „Klärung des Geländes zu beschäftigen und mit dem Entfernen manchen Gerümpels, das dem Wissen den Weg verstellt“ (zitiert nach ebd., S. 12). Hintergrund ist eine sprachkritische Position: Unsere Sprache ist ein unvollkommener Werkzeugkasten für den Umgang mit der Wirklichkeit. Ihre Elemente entfalten den gemeinten Sinn nur im Kontext und sind also je für sich genommen missverständlich. Das begünstigt das Aufkommen logischer Widersprüche. Denn es gibt in der Sprache keine Sperren gegen die Reifizierung von Begriffen und die unterschiedslose Thematisierung von realen und unrealen Sachverhalten.

(2) Aus entgegengesetzter Perspektive betrachtet sind die Sozialwissenschaften permanent gefordert, ihre Begriffe vor Verunreinigungen durch die laxen Alltagssprache zu schützen. Sie bedürfen eines theoretisch disziplinierten Umgangs mit der Wirklichkeit nach dem Vorbild der Naturwissenschaften. Sie müssen sich insbesondere hüten, den Phänomenen dadurch auf den Leim zugehen, dass sie die in der sozialen Wirklichkeit vorkommenden Reflexionen und Interpretationen, d.h. das Meinen der sozialen Akteure, mit deren wissenschaftlicher Erklärung verwechseln. Emile Durkheim fordert, „daß das gesellschaftliche Leben nicht mit Hilfe der Begriffe derjenigen erklärt werden sollte, die an ihm teilnehmen“ (zitiert nach ebd., S. 35). Eine Regel der soziologischen Methode sei es deshalb, „soziale Tatsachen wie Dinge zu betrachten“ (zitiert nach ebd., S. 140).

(3) Demgegenüber behauptet eine starke Grundströmung in der Soziologie geradezu die Notwendigkeit, soziologische Erklärungen auf den Sinn abzustellen, den Handelnde ihrem Tun (z.B. als Handlungsgründe) unterlegen. Von der – u.a. auf Max Weber zurückgehenden – „verstehenden“ Soziologie werden homologe Sinnzuschreibungen von Handelnden und Beobachtenden angestrebt. Der wissenschaftliche Beobachter hat also den empirischen „sozialen Sinn“ seiner Phänomene zu entschlüsseln, zumal dieser auch „gesellschaftlich etablierte Regeln impliziert“ (ebd., S. 149).

(4) Alain Touraine sieht die Soziologie in einem quasi politischen Verhältnis zu ihrem Gegenstand, der Gesellschaft. So darf sich die Soziologie immer dann auf dem rechten Weg wägen, wenn sich die Gesellschaft und v.a. die Herrschenden besonders schwer tun, Sinn und Nutzen der Disziplin anzuerkennen. Deren entschiedenster Gegner war (und ist) folglich der Glaube, „daß die sozialen Tatsachen von einer höheren, metasozialen Ordnung determiniert seien“ (Touraine 1976, S. 10). Vielmehr komme es für die Soziologie darauf an, „das Feuer der Gesellschaft zu erfassen, die Bewegung zu verstehen such(en), dank derer die Gesellschaft sich selbst steuert“ (ebd., S. 11) – durch die Art und Weise der Konfliktaustragung und Entscheidungsproduktion. Dem entspricht die Untersuchung der „gesellschaftlichen Beziehungen“, in die ein Akteur eingebunden ist. Ihm möge die Soziologie, „die Mittel an die Hand (geben), den Sinn seines eigenen Handelns zu verstehen“ (ebd.: 19).

(5) In einer anderen Variante wird Soziologie ebenfalls als wirklichkeits-„kritische“ Wissenschaft verstanden (Offe 1977). Gegenstände der Kritik sind gesellschaftliche Sachverhalte und Zustände. Die Analyse ihrer genetischen und strukturellen Bedingtheit bleibt nicht unbedingt an die vorgefundenen Phänomene gebunden, sondern präsentiert sich auch als eine Art von „Möglichkeitssoziologie“. Dabei werden dem Bestehenden alternative Ausprägungen oder Formen abgelesen, die möglich, aber (noch) nicht realisiert sind. In diesem Sinne nahm man einst mit Karl Marx und anderen an, dass die „kapitalistische Gesellschaft“ die prinzipielle Möglichkeit von vermeintlich höher entwickelten, nämlich sozialistischen bzw. kommunistischen Produktionsverhältnissen in sich birgt. Diese Annahme setzt allerdings eine ebenso umfassende wie unmögliche Theorie künftiger Ereignisse voraus. In einer bescheideneren Variante richtet sich deshalb der kritische Impetus auf die Soziologie selbst und hilft, den „ideologischen“ Gehalt einzelner Begriffe, Theorien oder Fragestellungen ans Licht zu befördern. Sie erweisen sich immer dann als kritikabel, wenn sie ungerechtfertigte Verallgemeinerungen enthalten, die Kontingenz sozialer Sachverhalte in Abrede stellen oder bestimmte Wirklichkeitsdeutungen partikulären sozialen Interessen zu gehorchen scheinen. Es sei bereits an dieser Stelle vermerkt, dass die „kritische“ Soziologie, wenn sie sich mit der systematischen Erkundung eines Möglichkeitsraums beschäftigt, durchaus Praxisrelevanz zu erlangen vermag.

(6) Der Vollständigkeit halber zu erwähnen ist noch die Vorstellung, dass der Soziologie die Aufgabe der kontinuierlichen Gesellschaftsdiagnose zufällt. Soziologie liefert demnach bündige Antworten auf die Frage „In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?“ (Pongs 1999; Schimank/Lange 2001). Spätestens nach Erscheinen von zwei Bänden dieses Titels wissen wir aber, dass die Menge der von uns belebten Gesellschaften nahezu unbegrenzt ist. Wir leben halt gleichzeitig in der Weltgesellschaft, der Risikogesellschaft, der postindustriellen Gesellschaft, der Multioptionsgesellschaft, der Arbeits- und Konsumgesellschaft, der Erlebnisgesellschaft, der Dienstleistungsgesellschaft, der Informations- und Wissensgesellschaft und so weiter und so fort.

(7) Allerdings darf auch die gegenteilige Auffassung nicht übersehen werden. Ungeachtet des vielstimmigen Chors der Gesellschaftsdiagnostiker beklagen andere die Unfähigkeit der Soziologie, verlässliche „gesamtgesellschaftliche“ Prognosen zu liefern (Friedrichs et al. 1998, S. 24ff.). Prognosefähig sind allenfalls kleinräumige und hinreichend spezifizierte soziale Sachverhalte, jedoch kaum das „große Ganze“. Das zeigte sich zuletzt am überraschenden Kollaps des Realsozialismus. Folgerichtig enthält der 1998 erschienene Sammelband zur „Diagnosefähigkeit der Soziologie“ mehr Berichte über gescheiterte und übereilte als über eingetretene Prognosen.

Mit Belegen für den zweiten Teil der These, in dem es um die prinzipielle Korrigierbarkeit der Situation geht, ist etwas weiter auszuholen. Ihnen gilt der restliche Teil des Vortrags.

4. Auf der Suche nach Kontingenzerklärungen

Mag die faktische Multiperspektivität der Soziologie gegenüber den „eingleisigen“ Funktionszuschreibungen durchaus als Positivum vermerkt werden, so eignet ihr doch die Kehrseite konkurrierender Theorieansätze und eklatanter Aufmerksamkeits- und Erklärungslücken. Welcher Art diese sind, lässt sich verschiedenen Zeugnissen der soziologischen Selbstkritik entnehmen.

So moniert Schimank (1999) eine peinliche Lücke im Aufmerksamkeitshorizont, die sich auf Erklärungen für Strukturdynamiken und solche Sachverhalte bezieht, die auf der Aggregation individueller Handlungen und ihrer Folgen beruhen. Soziologischen Analysen mangelt es häufig an theoretisch konsistenten Erklärungen für die Mechanismen und Muster des Zusammenwirkens von Handlungen, also die Genese dessen, was leichthin als Struktur bezeichnet wird. Da wird zwar mehr oder weniger elegant mit zwei für alternativ erachteten Handlungstheorien – dem Rationalmodell und seinem normativ-kulturalistischen Pendant – hantiert. Was aber die Voraussetzungen des einen und die möglichen Aggregatfolgen beider angeht, trifft man auf weiträumige Unklarheit und eine gewisse Beliebigkeit der Annahmen und Schlussfolgerungen.

Generell wenig Klarheit besteht hinsichtlich kausalgenetischer Erklärungen für emergente Phänomene, Prozesse der Struktur- und Institutionenbildung, kontraintentionale Effekte und „soziale Fallen“ sowie Trends, soziale Dynamiken und andere Nichtlinearitäten, – also in Bezug auf Erklärungen für Sachverhalte, die sich einer spontanen Deutung im Lichte des Alltagswissens, der Annahme linearer Kausalität und eines strikt individualistischen Rationalismus entziehen.³

³ Vgl. u.a. Boudon (1979), Mayntz/Nedelmann (1987) und Dietz (2004).

Ein übersichtlicher Werkzeugkasten zur Analyse von Strukturdynamiken und Aggregateffekten würde nicht nur das Erklärungsvermögen der Disziplin erheblich steigern, sondern auch eine genauere Kartographie des *Möglichkeitsraums sozialer Sachverhalte* erlauben, wie ihn gerade eine alternativenbewusste („kritische“) Soziologie benötigt. Damit ginge auch ein Wechsel der Forschungsperspektiven und Deutungsgewohnheiten einher, der das Selbstverständnis der Disziplin berührt. Wenn es zutrifft, dass soziologische Theorie ihrem Anspruch auf Verallgemeinerbarkeit von Prämissen und Aussagen bislang nur dadurch genügen konnte, dass sie sich gegenüber den Möglichkeitsbedingungen von Wandel, Innovation und Nichtlinearitäten verschloss, muss man darauf gefasst sein, dass solideres Wissen von funktional äquivalenten Mechanismen die Begründungsbasis etlicher Prognosen keineswegs stärken, sondern zerstören würde.

Denn wo entsprechendes Wissen erarbeitet, katalogisiert und verwendet wird, erscheinen die analysierten Sachverhalte, sozialen Ordnungen usw. plötzlich als *prinzipiell kontingent*. Sie mögen zwar immer noch Kontinuität aufweisen, doch wäre diese im Lichte systematischen Kontingenzwissens nicht mehr den gegebenen Strukturbedingungen geschuldet, sondern den als diskretionär anzunehmenden Wahlhandlungen sozialer Akteure. Die Kausalerklärung gesellschaftlicher Sachverhalte verwies stets auf die Möglichkeit anders gearteter Sachverhalte. Und die Werkzeuge zur Entzifferung der Kontingenz ließen sich unschwer in Optionen der Handlungswahl selbst übersetzen. Genau diese Konsequenz wurde von Hartmut Esser (1991) für die Situation skizziert, in welcher die klassische Makrosoziologie ihrer typischen Referenzen für strukturtheoretische Erklärungen (z.B. der Definition von Klassenlagen) verlustig geht und gegenüber Sachverhalten passen muss, die das Resultat „der Wahl zwischen Optionen auf der Ebene individueller, miteinander verbundener Akteure“ (Esser 1991, S. 754; i.O. hervorgehoben) sind.

Mit einem analogen Problem hat die Geschichtswissenschaft zu tun, wenn die Frage nach Notwendigkeit oder Zufall in der Abfolge von Ereignissen auftaucht, die aus größerer Distanz betrachtet allzu leicht den Anschein einer Kette von Ursachen und Wirkungen erwecken. Paradoxerweise taucht der Kontingenzverdacht genau dann auf, wenn sich der Historiker auf die Formulierung von Kausalhypothesen einlässt: Was als Ursache einer Wirkung gilt, kann im Falle seiner Abwesenheit schwerlich dieselbe Wirkung haben (Elster 1981, S. 267). Angesichts solcher Schwierigkeiten der Kausalanalyse, entstand die Neigung, die Kontingenz des Geschehens herunterzuspielen und die Frage „Was wäre gewesen, wenn...?“ als unzulässige Spekulation abzutun.

Dennoch blieb das Interesse an kontrafaktischer Argumentation wach und es sind immer wieder Versuche zu beobachten, historische Alternativen zu rekonstruieren, deren Realisierung ebenso oder kaum weniger wahrscheinlich war wie das tatsächliche Geschehen. Es ist ja auch für das Verstehen des geschichtlichen Sachverhalts nicht unwichtig zu wissen, ob beispielsweise das „Dritte Reich“ *Hitlerscher* Prägung eher als Folge einer Koalition der deutschen Mitte- und Linksparteien oder eines frühzeitigen Heldentods von Adolf Hitler ausgeblieben wäre. Für die „Virtual History“ (Ferguson 1999), d.h. eine auf mögliche, aber irrealen Verläufe rekurrierende Geschichtsschreibung, haben deterministische Theorien folglich nur insoweit Bedeutung, als sie auch im Handlungswissen der Akteure vorkommen, also orientierend wirken können. Sie sind nur dann wirksam, „when people believe in them and believe themselves to be in their grip“ (Ferguson 1999, S. 88).

Interessanter als der Mechanismus der „self-fulfilling prophecy“ ist die Frage, *woran* die Vermutung des Auch-anders-Möglichen festzumachen ist, d.h. *wo genau* der Verzweigungspunkt von alternativ „möglichen Welten“ verortet werden kann. In der Geschichtswissen-

schaft sind es in erster Linie Zufallsereignisse, Koinzidenzen und der individuellen Willkür zugängliche Variablen, von denen auf die Möglichkeit anderer Ausgänge des Geschehens geschlossen wird. Hätte der Gefreite Hitler im Ersten Weltkrieg den Tod gefunden, hätte die nationalsozialistische Bewegung leicht einen anderen Verlauf und ihre globale Schadensbilanz andere Gestalt annehmen können (Lebow 2001). Unabhängige Variablen dieser Art sind also Zu- und Unfälle, Krankheiten und Kriegsglück, Ideenkarrieren und Personalentscheidungen (ebd.) sowie die von Clausewitz als „Friktionen“ bezeichneten „unzählige(n) kleine(n) Umstände, die auf dem Papier nie gehörig in Betracht kommen können“ (Clausewitz 1980, S. 77).

Vor dem Hintergrund des Begriffs „mögliche Welten“ wird nun einschätzbar, was Soziologie – verstanden als Kontingenzwissenschaft bzw. Optionenheuristik – auszeichnen könnte: eine solide fundierte Kenntnis der Alternativen, in denen sich die „Logik der Aggregation“ (Esser 1991) individueller Handlungen manifestiert. Wo die Geschichtsschreibung vorzugsweise auf triviale Zufälle und Individualschicksale zurückgreift, verfügt die Soziologie über präzisere Instrumente zur Entzifferung von Kontingenz: z.B. den Variablenkatalog der Organisationswissenschaft, die Kenntnis der Unwägbarkeiten und Artefakte des kollektiven Entscheidens, der diversen Konstituentien kollektiven Handelns und der Mechanismen sozialer Koordination.

5. Beispiele

Um dieses Potenzial zur Kontingenzentschlüsselung nutzbar zu machen, ist kein grundlegender Wechsel von Forschungsfragen und -perspektiven erforderlich. Es dürfte genügen, die Befunde der diagnostisch und erklärend verfahrenen Erkenntnispraxis in ein Raster einzufügen, das zur Exploration alternativer Formen und Mechanismen besser geeignet ist als die Vielzahl der monotheoretischen Denktraditionen. Informativ sind die aus einer solchen Quer-Synthese resultierenden Optionen insbesondere dann, wenn sie sich auf die Bearbeitung *nicht-trivialer* Probleme beziehen, wie z.B.: Welche Alternativen des Organisationsdesigns ermöglichen sowohl die Freisetzung der Kreativität von Stelleninhabern als auch interne Berechenbarkeit und Umweltadaptivität der Organisation? Welche Optionen existieren für freiwillige zweckgerichtete Kooperation unter Bedingungen rationaler Eigeninteressen und gleicher respektive ungleicher Weltbilder? Welche Kombinationen der Koordinationstypen Markt, Gemeinschaft und Hierarchie verbürgen ein Maximum an Stabilität, wenn jeder dieser „reinen“ Typen an endogenen Dysfunktionen krankt? Die beiden zuletzt genannten Beispiele seien im Folgenden etwas genauer betrachtet.

5.1 Optionen kollektiven Handelns

Als Mancur Olsons „Logik des kollektiven Handelns“ (Olson 1968) ein erstes bescheidenes Echo in den Sozialwissenschaften fand, fiel dieses einhellig negativ aus. Es brauchte einige Jahrzehnte bis man sich der heuristischen Sprengkraft des Rationalmodells kollektiven Handelns bewusst wurde. Seit dem geht es nicht mehr um die Frage, ob Individuen immer und überall wohlinformierte und rational kalkulierende Akteure sind. Vielmehr verhalf Olsons Studie zur Problematisierung – oder besser: Enttrivialisierung – sozialer Kooperation, die wichtigeren Fragen zu formulieren: Wenn es der Fall ist, dass selbstbezügliche Kosten-Nutzen-Kalkulationen notwendig zur Wahl der Trittbrettfaheroption anleiten, wie und mit welchen Konsequenzen kommt kollektives Handeln dann tatsächlich zustande? Und wie kann es weiterhin als zweckgerichtet konzipiert werden, wenn die diversen Mechanismen, die zur

Eindämmung des Trittbrettfahreranreizes helfen, vom postulierten Kollektivzweck ablenken oder gar dessen Realisierung hintertreiben?

Mittlerweile verfügen wir über eine ganze Palette von Antworten auf diese Fragen. Sie ergeben einen Katalog von logisch äquivalenten Optionen mit interessanten Gemeinsamkeiten und Differenzen. Außer den schon von Olson angeführten Optionen der Problembearbeitung, wie Gruppengröße und selektive Anreize, kennen wir u.a.: eine heterogene Gruppenstruktur,⁴ die Figur des „politischen Unternehmers“ (Salisbury 1969), hierarchische Koordination mittels Führerschaft und/oder relationalen Verträgen, hinreichend starke gemeinschaftliche Überzeugungen sowie Formen der spontanen Koordination wie etwa bei den Leipziger Montagsdemonstrationen (vgl. Opp 1991). Die logische Äquivalenz der aus verschiedenen Forschungsprogrammen stammenden Antworten auf das Kollektivgutproblem erlaubt es nun, sie auf *eine* Ebene zu stellen und als *substitutive Alternativen* zu denken.

Allerdings implizieren die diversen Optionen des Umgangs mit dem basalen Kollektivgutproblem mehr oder weniger gravierende Opfer an Effektivität und Effizienz der zum Einsatz gebrachten Ressourcen. Sie als logische Äquivalente zu behandeln, schließt also keineswegs aus, sondern erfordert vielmehr, ihre je besonderen Vor- und Nachteile zu beachten und als mehr oder weniger geeignet für die Bearbeitung spezieller (Kollektivgut-) Probleme zu identifizieren.

5.2 Optionen sozialer Koordination

Markt, Gemeinschaft und Hierarchie sind je für sich Schlüsselkonzepte exklusiver Theoriestränge. Erst in den letzten Jahrzehnten kamen – unabhängig voneinander – eine Reihe von Autoren auf die Idee, sie als *funktional analoge* und *logisch äquivalente* Antworten auf das Grundproblem der sozialen Koordination zu behandeln.⁵

Die Verortung von drei alternativen Koordinationstypen auf ein und derselben Ebene der theoretischen Reflexion ist in mehrerer Hinsicht fruchtbar: Erstens ermöglicht das den Vergleich ihrer je besonderen Handlungs- und Steuerungslogiken sowie des Einzugsbereichs und Leistungspotenzials. Zweitens regen die unterschiedlichen Funktionsvoraussetzungen an, auch spezifische Leistungsgrenzen und Dysfunktionen sowie eine etwaige Fehleranfälligkeit zu thematisieren. Damit kommt beispielsweise als Pendant zum Markt- bzw. Staatsversagen das Risiko des „Gemeinschaftsversagens“ – eine Folge der inhärenten Tendenz zur kognitiven Schließung – in den Blick. Und drittens lässt sich exakter zwischen den distinkten Modi der marktförmigen, gemeinschaftlichen und hierarchischen Koordination einerseits und den in der Wirklichkeit verbreiteten Mischungen andererseits unterscheiden, in denen die Dysfunktionen des „namensgebenden“ Koordinationstyps durch Elemente der anderen Typen kompensiert sind.⁶ Schließlich lässt sich das Netzwerkkonzept zutreffender als Kombination der basalen Koordinationstypen dechiffrieren denn als ein Koordinationstyp *sui generis*.

⁴ Vgl. die „Critical Mass“- und „Threshold“-Modelle von Marwell/Oliver (1993) und Granovetter (1983).

⁵ Am Anfang stehen die für die moderne Mikroökonomie bedeutsamen Arbeiten von Ronald Coase und Oliver Williamson (Coase 1937; Williamson 1975). Weitere Marksteine sind die Arbeiten von Murray Milner (1978), William G. Ouchi (1980), Wolfgang Streeck und Phillippe Schmitter (1985), Jeffrey L. Bradach und Robert G. Eccles (1989), J. Rogers Hollingsworth und Robert Boyer (1997). Vgl. außerdem Offe (2000) und Wiesenthal (2000).

⁶ Beispiele für die Überlegenheit der „plural forms“ geben Bradach/Eccles (1989), Offe (2000) und Wiesenthal (2000).

Interessanterweise folgt die wissenschaftliche Behandlung der basalen Koordinationstypen als logische Äquivalente durchaus einer Tendenz der praktischen Politik. Institutionenplaner und Politiker haben in den Sozialreformen der letzten Jahrzehnte regelmäßig ein Substitutionsverhältnis zwischen Staats- und Familienfunktionen bzw. Organisations- und Marktorganisation unterstellt.

5.3 Zur Logik funktionaler Äquivalenz

Das beiden Beispielen zugrunde liegende Prinzip fand vor einiger Zeit unter der Bezeichnung Äquivalenzfunktionalismus Eingang in die theoretische Soziologie (vgl. Luhmann 1970). Dem unterliegt keineswegs die Annahme, dass ein bestimmter Sachverhalt seinen Existenzgrund (bzw. seine Ursache) in der Erfüllung einer bestimmten Funktion für etwas anderes habe. Dieses Verständnis eines „kausalwissenschaftlichen Funktionalismus“ (ebd., S. 16) würde direkt zu dem funktionalistischen Fehlschluss verleiten, dass die Wirkung eines „Dings“ zugleich seine Ursache sein könne (Elster 1982).

Der Äquivalenzfunktionalismus des „frühen“ Niklas Luhmann macht zwar ebenfalls von der kausalanalytischen Perspektive Gebrauch, aber verwendet diese nicht im Sinne einer Kausalerklärung, sondern als *Instrument zur Entdeckung alternativer Möglichkeiten*, d.h. zur Bestimmung des Kontingenzraums. Ausgangspunkt äquivalenzfunktionalistischer Überlegungen ist ein *Bezugsproblem*, dem ein spezifischer *Bezugsgesichtspunkt* entspricht, unter welchem alternative Sachverhalte oder Mechanismen als äquivalente „Problemlösungen“ identifiziert werden können. (Das allgemeine Bezugsproblem der beiden vorgenannten Beispielfälle ist offensichtlich das der sozialen Koordination. Die Bezugsgesichtspunkte des kollektiven Handelns und der basalen Koordinationstypik sind jedoch unterschiedlich.) Weil sich der Bezugsgesichtspunkt aus einer bestimmten theoretischen Perspektive ergibt, sind selbstverständlich so viele unterschiedliche Gesichtspunkte möglich, wie es einschlägige Theorieansätze gibt.

Sind Bezugsproblem und Bezugsgesichtspunkt einigermaßen klar definiert, kann die Suche nach geeigneten „Einsatzwerten“ der Variable „Problemlösung“ beginnen. Das Bezugsproblem determiniert also nicht seine Lösung. Sein erkenntnisschaffender Sinn ist vielmehr, „auf andere Möglichkeiten hinzuweisen“ (Luhmann 1970, S. 16). Diese entstammen in der Regel empirischen Beobachtungen, aber mögen sich auch theoriegeleiteter Spekulation erschließen.

Der Äquivalenzfunktionalismus ist also kein Erklärungs-, sondern ein *Entdeckungsschema*. Es eignet sich hervorragend, um einer anwendungsorientierten Soziologie als Richtschnur zu dienen, ohne dass sich die wissenschaftliche Praxis vorwerfen lassen müsste, unterderhand zur Sozialtechnologie zu geraten. Ein solcher Vorwurf wäre allenfalls dann gerechtfertigt, wenn die Relevanz des Bezugsproblems allein „wissenschaftlich“ begründet würde. Soziologische Beratung setzt dagegen in aller Regel an außerwissenschaftlich definierten Bezugsproblemen an. Das kann, aber muss nicht heißen, dass mit dem Problem auch der maßgebliche Bezugsgesichtspunkt vorbestimmt ist. Es spricht viel dafür, die Wahl des Bezugsgesichtspunktes der Wissenschaft zu überlassen. Denn deren wesentliche Leistung besteht ja darin, die in der Alltagspraxis vorherrschenden Denkgewohnheiten und Vorstellungshorizonte zu überschreiten, also auch „Gesichtspunkte“ und „Lösungen“ in Betracht zu ziehen, die den sozialen Akteuren nicht in den Sinn kommen (würden). Das sei an einem Beispiel demonstriert.

Die absolute und relative (im Verhältnis zum Sozialprodukt gemessene) Zunahme der Gesundheitskosten ist in nahezu allen Industrieländern zum Problem geworden. Während der Anstieg der (öffentlichen und privaten) Gesundheitsausgaben auf über zehn Prozent (in

Deutschland) bis fast 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (in den USA) als ausgesprochen „problematisch“ betrachtet wird, spielt die Frage „Welchen Einfluss haben hohe Gesundheitsausgaben auf den Gesundheitsstatus der Bevölkerung?“ so gut wie keine Rolle. Genau diese Frage machte der Soziologe Volker H. Schmidt (2004) zum Bezugsgesichtspunkt einer vergleichenden Analyse. Nimmt man die statistische Lebenserwartung als Indikator des Gesundheitsstatus der Bevölkerung, so kommt man zu dem verblüffenden Ergebnis, dass asiatische Länder wie Singapur und Hong Kong mit weitaus geringerem Finanzaufwand (nämlich lediglich 3 bis 4 % des Bruttosozialprodukts) das selbe Niveau an Lebenserwartung ermöglichen wie Deutschland und die USA:

„Various estimates suggest that medical care accounts for no more than between 10 and 20 percent of the 20th century gains in life expectancy, which probably reflect the greatest jump in the history of humankind. The rest is believed to be attributable to better nutrition, sanitation, hygiene, housing, various environmental factors and, last not least, personal behavior or lifestyle.” (Schmidt 2004)

Diese Beobachtung legt es nahe, nach funktionalen Äquivalenten für hohe Gesundheitsausgaben Ausschau zu halten. Umgekehrt liegt es nahe zu fragen, ob mit einer anderen Verwendung desselben Mittelaufwands nicht ein größerer Effekt in Sachen Gesundheitsstatus der Bevölkerung erzielt werden könnte. Eine Antwort gibt Volker H. Schmidt mit dem Hinweis auf die individuellen Voraussetzungen, die es den Menschen ermöglichen, das Beste aus ihrer gesellschaftlichen Situation zu machen. Er kommt zu dem Schluss, dass dies dann der Fall sei, wenn die Gesellschaft es den Individuen leichter machen würde, ihr Weltwissen, d.h. ihren Bildungsstatus zu verbessern. Jeder zusätzliche Euro, der zur Anhebung des Bildungsniveaus verwendet wird, verbessert die individuellen Handlungsmöglichkeiten, und zwar auch hinsichtlich der Wahl eines gesünderen Lebensstils, d.h. des gesundheitsrelevanten Verhaltens. Hätten wir die Möglichkeit einer Wahl zwischen institutionellen Alternativen, so täten wir gut daran, die Gesundheitsausgaben auf ein notwendiges Minimum zu begrenzen und dafür im Gegenzug den allgemeinen Zugang zu und die Qualität von Bildungsgütern zu steigern – vorausgesetzt, dass die Maximierung des Wohlfahrtseffekts der öffentlichen Ausgaben unser zentrales Bezugsproblem ist.

Ein anderer Fall, bei dessen Betrachtung die Notwendigkeit systematischer Kontingenzanalysen einleuchten dürfte, betrifft den Umgang mit dem Begriff Strategie. Wir wissen, wie dieser Begriff in der Alltagssprache verwendet wird: z.B. als Synonym für anspruchsvolle Projekte, Ziele oder Handlungspläne, als Handlungsanleitung für den Umgang mit Gegnern und Bündnispartnern, als Konfliktbearbeitungsprogramm usw. Eine politische Strategieanalyse mit wissenschaftlichem Erkenntnisinteresse, so kann man einer jüngst erschienenen Monographie (Tils 2005) entnehmen, muss jedoch wesentlich präziser vorgehen. Ihr Bezugsproblem ist zwar dasselbe wie das des strategiebedürftigen (individuellen oder kollektiven) Akteurs: die Verwirklichung von Absichten in einer komplexen, weil von strategischer Kontingenz geprägten Handlungs(um)welt. Sie bedarf eines Bezugsgesichtspunkts, von dem aus alternativ relevante Erfolgsbedingungen – verstanden als funktionale Äquivalente – in den Blick genommen werden können. Aber an diesem Punkt kommt ein wichtiger Unterschied zwischen der Praxis der Akteure und dem wissenschaftlichen Erkenntnisgang ins Spiel.

Während Praktiker in aller Regel die *sachlichen* Ziele bzw. *technische* Aspekte ihres Handlungsprogramms (i.S. von *policy*) zum Bezugsgesichtspunkt machen, versucht der wissenschaftliche Analytiker jene Elemente im vorgestellten Handlungssystem ausfindig zu machen, denen das Maximum an Kontingenz zuzurechnen ist. Dabei landet er mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit beim *strategischen Akteur selbst* als jenem sozialen Ort, an dem

die Kontingenz von Problemdefinitionen, Situationswahrnehmungen und Handlungsplanungen zur Bearbeitung ansteht. Hier entscheidet sich, ob ein dem Bezugsproblem adäquates Bewusstsein der wichtigsten Voraussetzungen des Handlungserfolgs entsteht oder nicht. Wobei nicht nur die strategischen Ziele, Mittel, Kontexte, Optionen, Orientierungen, Zeitdimensionen, Bündnisse und Kommunikationen als Erfolgsvariablen zu berücksichtigen sind, sondern auch die Strategiefähigkeit des Akteurs, d.h. die Potenziale und Resultate seiner *Selbstgestaltung* (Tils 2005, Kap. 5). Politische Strategieanalyse, die der empirischen Komplexität strategischen Handelns gerecht wird, setzt also eine konsistente und empirisch wohlinformierte Handlungstheorie voraus, die Akteure als kontingent Wahrnehmende, Entscheidende und Handelnde veranschlagt.

6. Schlussbemerkung

Keine Aufmerksamkeit wurde bislang der Frage geschenkt, *wie* sozialwissenschaftliche Erkenntnisse in das Handlungswissen sozialer Akteure geraten können, ohne – etwa als Folge mangelhafter Übersetzungsarbeit – folgenreiche Missverständnisse auszulösen. Immerhin wissen wir seit dem „linguistic turn“ der Sozialwissenschaften, dass unser vermeintliches Wissen von einer „außersprachlichen“ Wirklichkeit auf keinerlei unmittelbarem Wirklichkeitszugang beruht, sondern maßgeblich durch Sprachformen und symbolhaft repräsentierte Sinnfiguren geprägt ist.⁷ Diese unterscheiden sich nach den für typische Handlungszusammenhänge (bzw. -systeme) entstandenen Semantiken. In dieser Perspektive ist also weder ein umstandsloser Erkenntnistransport aus „sozialer Erfahrung“ in die soziologische Theorie noch von dieser in das Handlungswissen der Akteure möglich.

Während sich die „Richtigkeit“ soziologischer Theorie ausschließlich an der Erfüllung theorieimmanenter (methodischer) Kriterien erweist (Luhmann 1987), können sich theoretische Erkenntnisse nur in soweit als praxistauglich, d.h. für die Praxis nützlich, zeigen, wie sie für handlungsnahen Diskurse anschlussfähig sind. Für das Problem der Anschlussfähigkeit gibt es demnach keine generellen, also allzeit und überall anwendbaren „Lösungen“. Man probiert und schaut nach, ob es klappt oder schief geht. Praxisorientierte Sozialwissenschaft ist dementsprechend riskant – nicht anders als die allemal risikobehafteten Naturwissenschaften. Niklas Luhmann, der hier eine der zahlreichen erkenntnistheoretischen Paradoxien soziologischer Theorie sieht, ironisiert den Sachverhalt durch Umkehrung einer bekannten Redensart: Er meint, dass die anwendungsorientierte Wissenschaft gewissermaßen „vom Mund in die Hand“ lebt (Luhmann 1987, S. 42).

Die Quintessenz liegt auf der Hand: Um den unsicheren Spagat mit günstiger Erfolgsaussicht zu bewältigen, muss eine praxisorientierte Soziologie *mehrsprachig* daherkommen. Sie muss in beiden Sinnzusammenhängen, d.h. in Theorie *und* Praxis, sattelfest sein. Deshalb ist sie letztenendes intellektuell anspruchsvoller als „reines“ Theoretisieren.

⁷ Die im Lichte des Konstruktivismus gewonnenen Einsichten treffen sich teilweise, aber nicht vollständig, mit Erkenntnissen der modernen Kognitionswissenschaften (vgl. Dickins 2004), die wiederum korrigierenden Interventionen der kognitiven Neurobiologie (vgl. Roth 2001) ausgesetzt sind.

Literatur

- Boudon, Raymond, 1979: Widersprüche sozialen Handelns. Darmstadt, Neuwied
- Bradach, Jeffrey L./ Eccles, Robert G., 1989: Price, Authority, and Trust: From Ideal Types to Plural Forms. *Annual Review of Sociology*, Jg. 15, S. 97-118
- Bude, Heinz, 2001: Die normative Kraft des Physischen. *Neue Zürcher Zeitung* vom 15./16.12.2001
- Clausewitz, Carl von, 1980: Vom Kriege. Hinterlassenes Werk. Frankfurt a.M.
- Coase, Ronald H., 1937: The Nature of the Firm. *Economica*, Jg. IV, S. 386-405
- Dickins, Thomas E., 2004: Social Constructionism as Cognitive Science. *Journal for the Theory of Social Behaviour*, Jg. 34, S. 333-352
- Dietz, Hella, 2004: Unbeabsichtigte Folgen - Hauptbegriff der Soziologie oder verzichtbares Konzept? *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 33, S. 48-61
- Elster, Jon, 1981: Logik und Gesellschaft. Widersprüche und mögliche Welten. Frankfurt a.M.
- Elster, Jon, 1982: Marxism, Functionalism, and Game Theory. The Case for Methodological Individualism. *Theory and Society*, Jg. 11, S. 453-482
- Esser, Hartmut, 1991: Verfällt die 'soziologische Methode'? In: Zapf, Wolfgang (Hg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990. Frankfurt/New York, S. 743-769
- Ferguson, Niall (ed.), 1999: Virtual History. Alternatives and Counterfactuals. New York
- Friedrichs, Jürgen/ Lepsius, M. Rainer/ Mayer, Karl Ulrich, 1998: Diagnose und Prognose in der Soziologie. In: dies. (Hg.): Die Diagnosefähigkeit der Soziologie. Sonderheft 38 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Opladen, S. 9-31
- Fritz-Vannahme, Joachim (Hg.), 1996: Wozu heute noch Soziologie? Opladen
- Granovetter, Mark, 1983: Threshold Models of Collective Behavior. *American Journal of Sociology*, Jg. 83, S. 1420-1443
- Hollingsworth, J. Rogers/ Boyer, Robert, 1997: Coordination of Economic Actors and Social Systems of Production. In: dies. (Hg.): Contemporary Capitalism. The Embeddedness of Institutions. Cambridge, S. 1-47
- Lebow, Richard Ned, 2001: Counterfactual Thought Experiments: A Necessary Research Tool. Ms. Ohio State University
- Luhmann, Niklas, 1970: Funktion und Kausalität. *Soziologische Aufklärung. Aufsätze zur Theorie sozialer Systeme*. Köln
- Luhmann, Niklas, 1987: Die Richtigkeit soziologischer Theorie. *Merkur*, Jg. 41, S. 36-49.
- Luhmann, Niklas, 2000: Die Politik der Gesellschaft. Frankfurt a.M.
- Marsh, David/ Savigny, Heather, 2004: Political Science as a Broad Church: The Search for a Pluralist Discipline. *Politics*, Jg. 24, S. 155-168
- Marwell, Gerald/ Oliver, Pamela E., 1993: The Critical Mass in Collective Action. A Micro-Social Theory. Cambridge
- Maurer, Andrea/ Schmid, Michael, 2002: "Die ökonomische Herausforderung der Soziologie" – Tagungsbericht. *Soziologie*, Jg. 31, S. 90-93
- Mayntz, Renate/ Nedelmann, Birgitta, 1987: Eigendynamische soziale Prozesse: Anmerkungen zu einem analytischen Paradigma. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 39, S. 648-668

- Milner, Murray jr., 1978: Alternative Forms of Coordination. Combining Theoretical and Policy Analysis. *International Journal of Comparative Sociology*, Jg. 19, S. 24-46
- Oehler, Christoph, 2001: Lehrgestalt und Berufsbezüge der Soziologie. *Soziologie*, Jg. 30, S. 5-23
- Offe, Claus, 1977: Die kritische Funktion der Sozialwissenschaften. In: Wissenschaftszentrum Berlin (Hg.): *Interaktion von Wissenschaft und Politik*. Berlin, S. 321-329
- Offe, Claus, 2000: Civil Society and Social Order: demarcating and combining market, state and community. *Archives Européennes de Sociologie*, Jg. 41, S. 71-94
- Olson, Mancur, 1968: Die Logik des kollektiven Handelns. *Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen*. Tübingen
- Opp, Karl-Dieter, 1991: DDR '89. Zu den Ursachen einer spontanen Revolution. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Jg. 43, S. 302-321
- Ouchi, William G., 1980: Markets, Bureaucracies, and Clans. *Administrative Science Quarterly*, Jg. 25, S. 129-141
- Pongs, Armin (Hg.), 1999: *In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich? Gesellschaftskonzepte im Vergleich*. München
- Roth, Gerhard, 1999: *Das Gehirn und seine Wirklichkeit. Kognitive Neurobiologie und ihre philosophischen Konsequenzen*. Frankfurt a.M.
- Roth, Gerhard, 2001: *Fühlen, Denken, Handeln. Wie das Gehirn unser Verhalten steuert*. Frankfurt a.M.
- Salisbury, Robert H., 1969: An Exchange Theory of Interest Groups. *Midwest Journal of Political Science*, Jg. 13, S. 1-32
- Schimank, Uwe, 1999: Drei Wünsche zur soziologischen Theorie. *Soziale Welt*, Jg. 50, S. 415-422
- Schimank, Uwe/ Lange, Stefan, 2001: Gesellschaftsbilder als Leitbilder politischer Steuerung. In: Burth, Hans-Peter/ Görlitz, Axel (Hg.): *Politische Steuerung in Theorie und Praxis*. Baden-Baden, S. 221-245
- Schmidt, Volker H., 2004: Priority Setting in Health Care - and Beyond. Paper presented at the Public Forum "Dialogues on Health Care Reform - Priority Setting", City University of Hong Kong, 25 November 2004
- Streeck, Wolfgang/ Schmitter, Philippe C., 1985b: Gemeinschaft, Markt und Staat - und die Verbände? Der mögliche Beitrag von Interessenregierungen zur sozialen Ordnung. *Journal für Sozialforschung*, Jg. 25, S. 133-158
- Tils, Ralf, 2005: *Politische Strategieberatung. Konzeptionelle Grundlagen und Anwendung in der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik*. Wiesbaden
- Touraine, Alain, 1976: *Was nützt die Soziologie?* Frankfurt a.M.
- Wiesenthal, Helmut, 2000: Markt, Organisation und Gemeinschaft als 'zweitbeste' Verfahren sozialer Koordination. In: Werle, Raymund/ Schimank, Uwe (Hg.): *Gesellschaftliche Komplexität und kollektive Handlungsfähigkeit*. Frankfurt/New York, S. 44-73
- Wiesenthal, Helmut, 2003: Soziologie als Optionenheuristik?. In: Allmendinger, Jutta (Hg.): *Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002, Teil 1*. Opladen, S. 94-109
- Williamson, Oliver E., 1975: *Markets and Hierarchies. Analysis and Antitrust Implications*. New York
- Winch, Peter, 1974: *Die Idee der Sozialwissenschaft und ihr Verhältnis zur Philosophie*. Frankfurt a.M.